

PRESSEINFORMATION



23. Juni 2015

Kooperationsvereinbarung unterzeichnet

Gemeinsame Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik angestrebt

In der 50. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt unterzeichneten gestern die kreisfreien Städte, die Landkreise, das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sowie der Landkreistag eine Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik in Sachsen-Anhalt. Für die Stadt Dessau-Roßlau unterzeichnete Bürgermeisterin Sabrina Nußbeck.

Die Vereinbarung beinhaltet die gemeinsame Umsetzung der beiden ESF-Landesförderprogramme. Die Kooperationspartner sichern auf Landesebene unter dem Thema „Regionalisierung“ eine aktive Mitwirkung sowie die Einrichtung der vorgesehenen Gremien zu.

Bei den ESF-Förderprogrammen handelt es sich um die:

- „Rahmenrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung sowie für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt“ (Teile „aktive Eingliederung“, „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“, „STABIL – Selbstfindung-Training-Anleitung-Betreuung-Initiative-Lernen“, „Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten – gesellschaftliche Teilhabe“ sowie „regionale Koordination“)

sowie die

- „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Landesprogramms Regionales Übergangsmanagement RÜMSA aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt“.

Für die Stadt Dessau-Roßlau hat die Koordinierungsstelle Arbeit und Soziales entsprechende Anträge auf der Basis der Richtlinie „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ und „regionale Koordination“ bei der Förderservice GmbH gestellt. Parallel wurden verwaltungsinterne Maßnahmen veranlasst. Für die Umsetzung der RÜMSA-Richtlinie wurde die Vorbereitung für die Einrichtung eines Bildungsbüros veranlasst.

Die übrigen Förderaufrufe sind noch nicht konkret terminiert.